

HERBERT BRUHN (2010)

Mozart macht schlau... oder: Wo spielt eigentlich die Musik?

Virtuelle Bildungsanstrengungen als Vorboten einer Bildungskatastrophe

Da ist Musik drin.

Deutschland – ein reicher Staat. Das Land der Dichter und Denker. Das Land von Beethoven, Goethe und Schiller: Da ist Musik drin – Kraft für Leistung und Veränderung.

Wir sind die Weltmeister im Export und leisten uns für die Ärmsten unseres Landes ein Festgehalt (Hartz IV), um das uns 1,5 Milliarden der Menschheit beneiden würden. Wir haben seit mehr als 100 Jahren ein Sozialsystem, das in Amerika gerade erst mühsam aufgebaut wird. Wir konnten uns sogar leisten, das Sozialsystem erst kaputt zu machen (1990er Jahre) und dann wieder aufzubauen (neue Sozialgesetze nach 2000). Wir haben die meisten Opernhäuser, Sinfonieorchester und Musikschule in der Welt. Und wir haben die ältesten Universitäten.

Gerade haben wir die zweite Finanzkatastrophe des frischen Jahrtausends hinter uns gebracht und die Banken mit aberwitzigen Milliarden ausgestattet – für den nächsten Crash. Da plötzlich fängt man an, Geld zu sparen – und zwar bei der Bildung.

Und wo spielt die Musik?

Man fängt an Geld zu sparen? Nein, auf der einen Seite ist keine Fußgängerzone mehr ohne teurste Pflastersteine denkbar – der Neue Wall in Hamburg wurde sogar mit großen Granitplatten ausgelegt. Auf der anderen Seite werden die Gehälter von Professoren um ca. 30 % heruntersgesetzt – mit der vagen Aussage, diese 30 % bekäme man ja als Zulage, wenn man ordentliche Leistungen vorweisen würde.

Was ist von einem Land zu halten, in dem der Neubau des Arbeitsamts als Investition gilt, die Ausstattung von Schulen mit ausreichend Lehrkräften für Musik aber als Luxus? Es ist klar, wo da die Musik spielt: Nicht in der Musikschule, sondern in den Bildungsbehörden und –ministerien. Hier wird uns der Marsch geblasen, sprung auf, marsch, marsch! „Was wollen Sie eigentlich, Herr Professor? Ich kann es nur immer wiederholen, wie wichtig mir der Musikunterricht ist. Ich habe doch selbst zwei (drei, vier ...) Kinder, die Musik machen.“

Virtuelle Realität

Seitdem nicht nur Wissenschaftler und Vorschulkinder Computer bedienen, sondern auch die normale Bevölkerung aus der Bildungsmittelschicht und Politiker, hat man den Nutzen von virtuellen Welten erfahren. Virtuelle Welten sind eigentlich nur Pläne von Welten. Man kann sie im Computer aber wunderbar simulieren – und sie wirken auf den ersten Blick real. Die ersten Computersimulationen waren ziemlich harmlos, man spielte eine Art von Tennis – plip plop – dann war der Ball (ein Kreuz auf dem C64-Bildschirm) weg und eine Punkteskala wuchs. Virtuelles Tennisspiel.

Kurz danach kam Eliza, eine Programm, dass die nondirektive Reverbalisierungstechnik ironisierte. Und fast gleichzeitig Larry, der auf der Suche nach einer schönen Frau Aufgaben lösen musste.

Mangels Auflösung auf dem Bildschirm konnte man sich damals nur vorstellen, dass es wirklich eine schöne Frau war, die Larry besuchen wollte. Heute vermitteln die dreidimensionalen Bilder die Suggestion, dass wir es wirklich mit einer Frau zu tun haben. Nur: Larry sucht nicht mehr nach einer Frau. Die meisten Videospiele sind Aufgaben zugewandt, die mehrfach am Abend das Leben kosten können.

Kein Wunder, dass dies ausgenutzt wird. Wenn man schon mehrfache virtuelle Tode erleidet, macht es einem auch nichts aus, im realen Leben mit Programme konfrontiert zu sein, die virtuell das Leben kosten.

Das virtuelle Spiel der Bildungshierarchien verläuft so: Es wird angekündigt, dass die Etats gravierend überzogen sind und man jetzt sparen müsse. In Hamburg hat im März 2010 der 1. Bürgermeister von Beust sogar die Bürger dafür schuldig gesprochen und ihnen angedroht, jetzt würde jeder einzelne spüren müssen, wie es ist, wenn man über seine Verhältnisse lebt. Der Effekt ist jedoch virtuell, in der Realität nicht wirksam: Dank der alten kameralistischen Haushaltsführung lässt sich nämlich eine Arbeitszeiterhöhung wie ein zusätzliches Sparkonto auf der Haben-Seite einsetzen: Der Wert der Arbeitskraft zum Beispiel eines Professors erhöht sich virtuell um ein Achtel, wenn ihm eine Stunde zusätzliche Lehre verordnet wird. Eine erhebliche Summe, hoher Effekt, geringe Probleme – schon kann wieder mehr Geld ausgegeben werden.

Bedauerlicherweise wird diese Form der Bildungspolitik nicht nur zum Sparen eingesetzt, sondern auch zur Ankündigung interessanter neuer Ideen.

Ein paar Beispiele aus Schleswig-Holstein: Ende der 1990er Jahre entstand aus der Arbeit des Landesmusikrats die Initiative, über den Verband der Phonindustrie bekannte Künstler in Schulen einzuladen. Das war die Zeit, als die Phonindustrie anfing, über Umsatzrückgänge zu klagen. Von den geplanten Veranstaltungen mit den Schulen fand nur eine einzige statt, die kick-off Veranstaltung in Neumünster. Die damalige Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave hielt hier eine flammende Rede und betonte die Bedeutung des Musikunterricht in der Schule.

Das zweite Beispiel betrifft die Referendariatsausbildung: Eine Reform im Jahr 2001 hat bekanntermaßen ca. 80 Prozent der Schulen in Schleswig-Holstein zur

Erklärung veranlasst, dass sie sich nicht im Stande sähen, weiterhin an der Referendariatsausbildung mitzuwirken: Sie hätten nicht ausreichend Zeit für die Referendare und die Ausstattung würde auch nicht ausreichen (im Jahr 2010 sind es immer noch 40 Prozent Verweigerer). Dies wurde in der Erhebung zum Qualitätsmanagement von 2009 nicht erwähnt. Im Gegenteil wird die Reform der Referendarsausbildung als sehr erfolgreich dargestellt.

Genau gelesen offenbart der Bericht, dass nur ein Bruchteil der Referendare an der Befragung teilgenommen hatten (ca. 10 Prozent der aktuellen Referendare). Dennoch war der Bericht nachhaltig: Auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Oktober 2009 hielt der Schweizer Psychologe Oelckers einen Vortrag über Reformen im Schulbereich und hob lobend Schleswig-Holstein hervor. Besonders angetan war er davon, dass einigen Ausbildern untersagt wurde, ihre Veranstaltungen anzubieten, weil diese schlecht bewertet worden waren. Die Suggestion eines Erfolgs, den es gar nicht gibt: Bei den schlecht bewerteten Lehrkräften handelte es sich nicht um die Ausbilder, sondern um Studenten, die aus Eigeninitiative angetreten waren, um die offensichtlichen Defizite in der Ausbildung durch eigene Aktivität zu kompensieren.

Ein drittes Beispiel stammt aus der Bundespolitik und ist besonders groß angelegt. CDU und FDP haben sich auf ein neues Fördergesetz für Studierende verständigt, das die BAFöG-Regelung ergänzen soll. Dieses Gesetz sollte 8 Prozent aller Studierwilligen fördert. Das Gesetz wurde im April 2010 in den Bundestag eingebracht, Ende Mai 2010 verabschiedet und an den Bundesrat weitergegeben. Die Aktion führte bereits zu den gewünschten Pressemitteilungen und Interviews. Deshalb ist etwas verwunderlich, dass das Gesetz trotzdem im Juli 2010 durch die Bundesratssitzung gepeitscht wurde. Die Bundesregierung änderte den Entwurf noch kurzfristig, um die Zustimmung der Länder zu erhalten, und strich den erforderlichen Anteil der Länder aus dem Gesetzesentwurf (9. Juli 2010). Wie wenig die Regierung mit der Realisierung dieser Idee rechnet, zeigt sich darin, dass im Haushalt 2011 nur 10 Millionen Euro bereit gestellt werden. Das Programm würde Bundesmittel in Höhe von 160 Millionen Euro erforderlich machen (Süddeutsche Zeitung, 28. Juli 2010, S. 5 „Bund spart bei Stipendien“ von Tanjev Schultz).

Was Fußballspiele von Bildungspolitik unterscheidet.

Bedauerlich ist immer, wenn eine gute Idee oder eine dringend notwendige Veränderung frühzeitig von der Politik entdeckt wird. Dann wird die Idee gefeiert, bevor sie ein akzeptables Vorbereitungs-niveau erreichen kann. Die Pressemitteilung wird zum Ziel der politischen Arbeit – im Parteienjargon: „Man muss gute Politik auch gut vermitteln können“.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist gewissermaßen der gemeinsame Nenner von Fußball und Politik. Deshalb ist unsere Bundeskanzlerin auch bei Spielen der Weltmeisterschaft 2010 in Südafrika erschienen. Beim Spiel um den dritten Platz wurde kein Politiker gezeigt.

Was unterscheidet Fußball von Bildungspolitik? Zunächst ist wichtig zu wissen, dass virtuelle Tore beim Fußball nicht gelten. Man kann sich Tore meist sehr gut vorstellen, wirksam wird die Vorstellung dadurch nicht. Selbst reale Tore werden nicht wirksam, wenn sie nicht in die Vorstellung des Schiedsrichters passen (siehe: Weltmeisterschaftsspiel Deutschland gegen England).

In der Politik gelten jedoch auch virtuelle Tore. Als virtuelle Tore muss man die Bildungspolitik der 1990er Jahre bezeichnen: Anfang der 1990er Jahre wurde von Seiten der Statistiker prognostiziert, dass die Schülerzahlen an allgemein bildenden Schulen schnell und deutlich sinken würden. Die Politiker nahmen diese Vorlage auf und schossen ein Tor nach dem anderen: Stellenkürzungen, Schulschließungen, Einstellen von Studiengängen. Eigentore, denn die Bevölkerungszahlen änderten sich keineswegs so wie vorhergesagt. Die Geburtenzahlen stiegen.

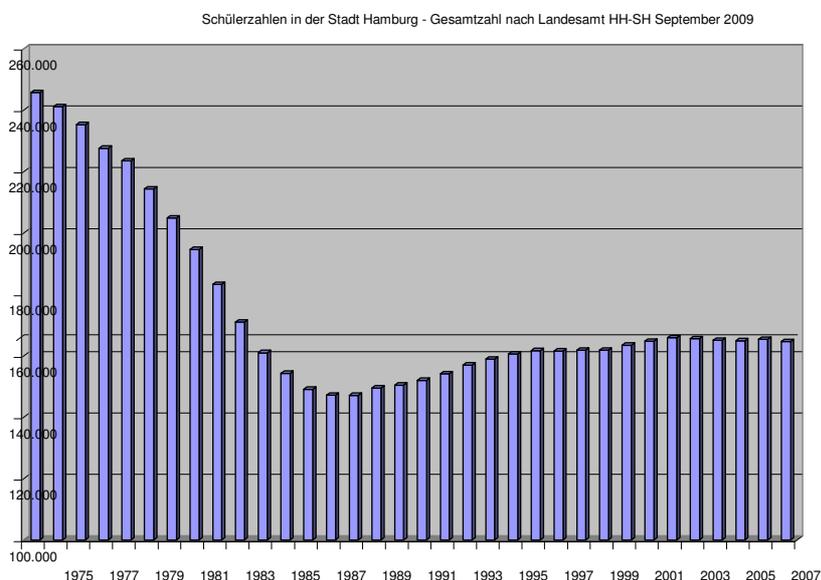


Abbildung 1: Die Entwicklung der Schülerzahlen in Hamburg von 1975 bis zum letzten derzeit verfügbaren Jahr 2008 – um 1990 herum wurde die Prognose veröffentlicht, man habe bis 2008 mit einer Halbierung der Schülerzahlen zu rechnen. Real sind nun 20.000 zusätzliche Schüler und Schülerinnen in Hamburg Leidtragende der fleißigen Kürzungsmaßnahmen der 1990er Jahre.

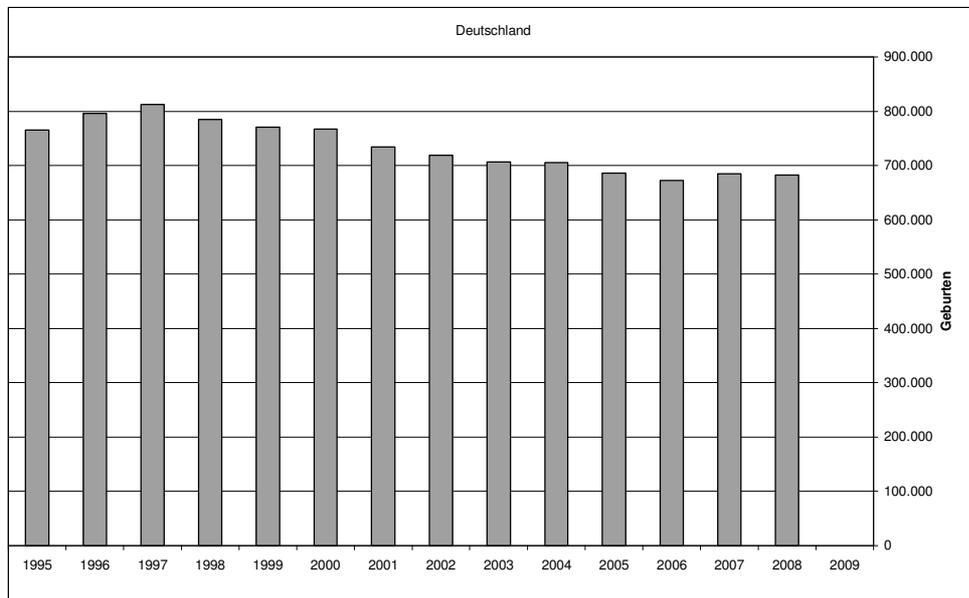


Abbildung 2: Nimmt man die Geburtenzahlen von ganz Deutschland unter die Lupe, so stiegen die Geburtenzahl nach 1990 wieder deutlich an, um jetzt seit mindestens fünf Jahren auf einem gleich hohen Niveau stehen zu bleiben.

Zuwachs der Bevölkerung von Schleswig-Holstein

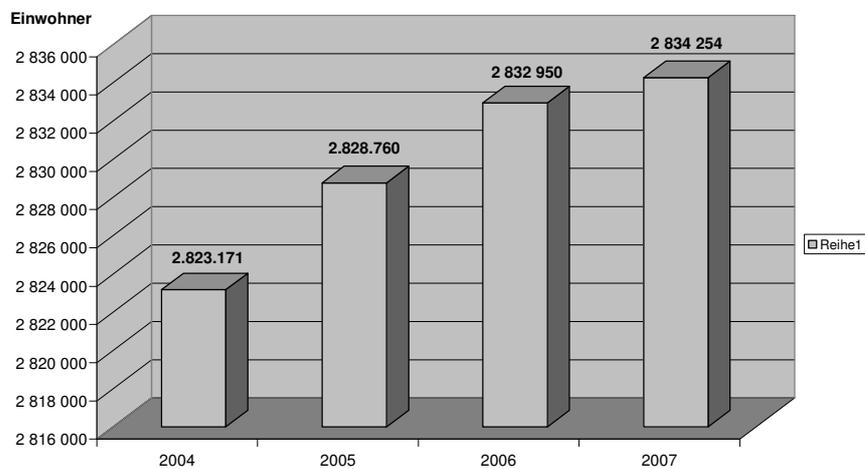


Abbildung 3: Die Geburtenzahl übertreffen in vielen Bundesländern weiterhin die Sterbezahlen, wie hier an der steigenden Gesamtzahl der Einwohner von Schleswig-Holstein gezeigt wird (Fußnote 3).

Es ist kaum zu glauben, aber man hat möglicherweise verkannt, dass der Abwärtstrend durch den Pillenknick nicht linear weiter fortgeschrieben werden kann. Vor allem scheint der Pillenknick in der Fortschreibung der Daten immer noch eine Rolle zu spielen, da man auch jetzt noch von einer schrumpfenden Gesellschaft ausgeht. Abgesehen davon, dass die lineare Fortschreibung des Pillenknicke spätestens in den Jahren 2010 zu einer negativen Geburtenzahl hätte führen müssen, lässt die These vom Aussterben der Deutschen leicht widerlegen, indem man die offiziellen Zahlen der Bevölkerungsentwicklung vom Bundesamt für Statistik ins Excel lädt (dazu die Abbildungen 2 und 3). Einige Kommentatoren haben dies bereits erkannt: Der aktuelle Reproduktionsfaktor von 1,9 würde die Bevölkerungszahl in Deutschland unverändert lassen (Felix Berth in der Süddeutschen Zeitung vom 28. Juli 2010, Fußnote 5)

Erfolgreiche Aktionen

Mit diesem Ausdruck bezeichnet man Aktionen, die profitabel sind. Das Jahr 2009 hat sich ebenso wie das Jahr 2001 als äußerst profitabel für Banken und Großunternehmen gezeigt. 2001 sind Aktienbesitzer durch den Absturz der Kurse gewissermaßen enteignet worden (vor allem über die Abgabe der Telekom-Aktien haben sich die Banken gefreut). 2009 haben sich die Banken der industrialisierten Welt von faulen Krediten befreien können und mit Hilfe staatlicher Garantien eine sog. Marktberreinigung durchgeführt: Schwächere Institute konnten widerstandslos übernommen werden.

Erfolgreich waren auch die Aktionen in der Schule und der Universität. Im Gespräch mit jüngeren Kollegen stellt man fest, dass man als alter Professor finanziell kaum einzuholen ist. Derzeit würde ein Professor auf einer W2-Stelle knapp auf das Gehalt eines Studienrats kommen, da bei Erstberufung meist keine Zulagen gezahlt werden. Um bei einer W3-Stelle (früher C4) auf mein Gehalt zu kommen, wäre eine Zulage von ca. 66 Prozent des W3-Gehalts notwendig.

Auch im Mittelbau ist erfolgreich reformiert worden: Die früheren akademischen Räte sind alle zu Juniorprofessoren geworden. Dafür gibt es fast keine unbefristeten Stellen mehr, das Gehalt ist niedriger, die Pflichtstunden sind (gegenüber den Qualifikationsstellen) verdoppelt worden, die Juniorprofessoren haben zudem Prüfungs- und Haushaltsverpflichtungen.

Gleichzeitig sind die meisten Institute ohne eigene Sekretariate, man greift im Allgemeinen auf einen Schreibkräfte-Pool zu. Es gibt im Bereich der Ausbildung von Lehrern kaum noch Gelder für Hilfskräfte, die als Tutoren eingesetzt werden könnten. Und die Honorare der in den Universitäten unabdingbaren Lehrbeauftragten sind seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr angepasst worden.

Auch an den Schulen wurde erfolgreich gehandelt: In den meisten Ländern unterrichten Referendare bereits mit der Hälfte der Stundenzahl eines fertig ausgebildeten Lehrers – und zwar eigenverantwortlich. Die Stundenzahlen aller Lehrer sind erhöht worden, zum Teil sogar durch eine Neuberechnung der Arbeitszeiten (wie in Hamburg, hier müssen Musiklehrer mehr Stunden absolvieren als zum Beispiel

Mathematiklehrer). Und oft sind Anrechnungsstunden weggefallen: Das Angebot von freiwilligen Arbeitsgruppen, Chor, Orchester oder Musicalarbeit wird noch nur in den seltensten Fällen auf die Unterrichtsleistung angerechnet.

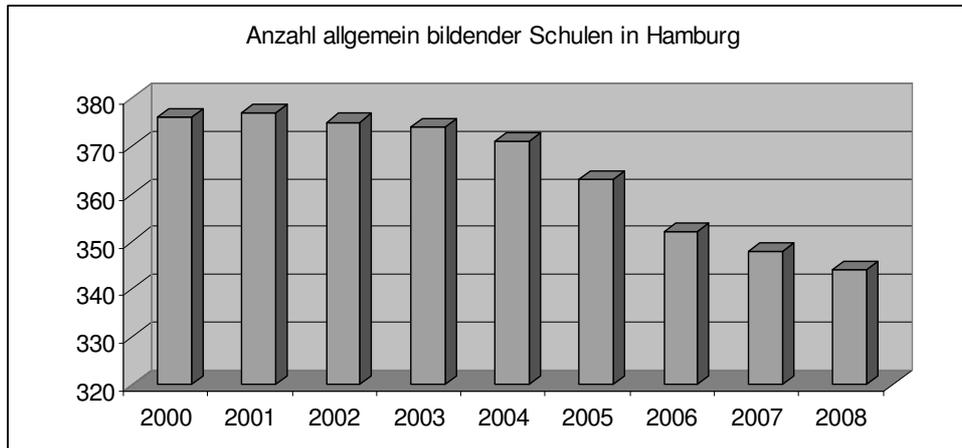


Abbildung 4: Rückgang der Anzahl allgemein bildender Schulen in Hamburg um 35 Schulen. Im selben Zeitraum stieg die Anzahl der privaten Schulen um 17.

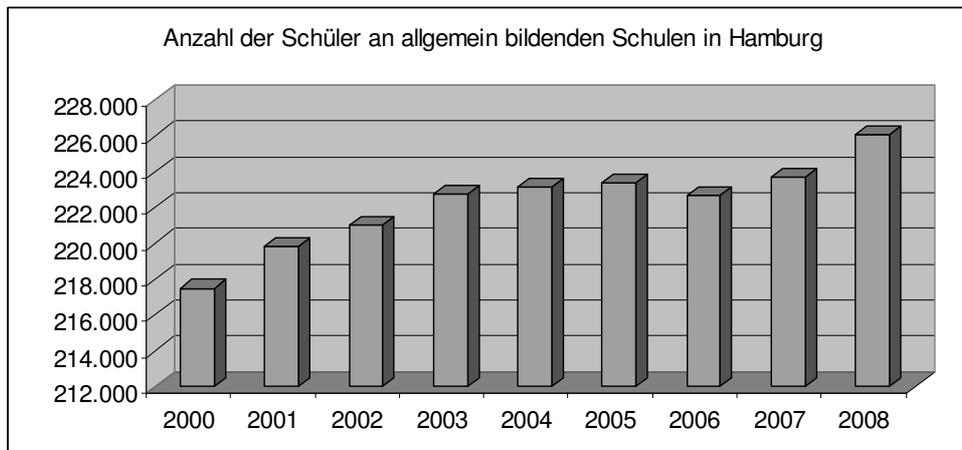


Abbildung 5: Anstieg der Schülerzahlen in Hamburg zwischen 2000 und 2008 (Fußnote 2).

Lehrerstellen werden ebenso wie die Stellen an der Universität nach strengen Normen zugeteilt: Curricularnormwerte sind festgelegt worden – sie wurden errechnet aus der Anzahl der Schüler und der nach Stundentafel oder Prüfungsordnung zu gebenden Stunden. Diese Berechnungen erfolgen atemberaubend, aber konsequent: Eine Klavierstunde ist eine Klavierstunde. Theorie und Wissenschaftsfächer jedoch nicht, da sie anteilig nach den zur Verfügung stehenden Studienplätzen und den für eine Lehrveranstaltung möglichen Teilnehmern berechnet werden.

Abgezogen wird dann noch ein Schwundfaktor, der einkalkuliert, wieviele Studierende vorzeitig das Handtuch werfen und ein anderes Studium beginnen. Das Ergebnis ist, dass eine Klavierstunde nicht mehr eine Stunde lang ist, sondern manchmal nur 35 Minuten. Weil man einfach zu wenig Stunden für zu viele Studierende zugeteilt bekommen – erfolgreich heruntergerechnet!

Und damit sieht den Unterschied zwischen virtueller und antreffbarer Realität: Aus einer Klavierstunde (= 60 Minuten) wird eine Unterrichtseinheit Klavier (= 35 Minuten) – eine virtuelle Stunde ist etwas mehr als die Hälfte dessen, was wir bräuchten.

Bildungsanstrengungen

Das reale Missverhältnis zwischen den Ankündigungen und Handlungen der Bildungsbürokratie und den Zuständen in Universität und Schule lässt sich im Prinzip schon jetzt nicht mehr verbergen. Dennoch gibt es ausreichend Möglichkeiten, Defizite zu verschleiern. So haben manche Schulen nach den Curricularwerten immer noch zu viele Lehrer. Auch die Universitäten schwimmen nach den Faktoren über die Kosten eines Studienplatzes in Geld. Studienplätze gibt es in Hülle und Fülle, so dass gar nicht einzusehen ist, dass Studenten demonstrieren.

Vor allem gibt es seit ca. fünf Jahren keinen Unterrichtsausfall mehr an den Schulen. Obwohl die Eltern klagen, dass Deutsch, Mathematik nicht ausreichend unterrichtet wird – und obwohl Musik in manchen weiterführenden Schulen noch nicht einmal durch einen einzigen ausgebildeten Lehrer vertreten ist. Und das geht so: Es sind in nahezu allen Bundesländern Fächergruppen gebildet worden. Musik gehört meist zum ästhetischen Bereich mit den Fächern Musik, Kunst und textilen Werken. In manchen Ländern gehören Philosophie und Religion noch dazu. Schleswig-Holstein setzt noch das Fach Sport drauf. Wenn in diesem Fächerverbund 4 oder 6 Stunden unterrichtet werden (egal, in welchem Fach), dann gilt der Unterricht für den gesamten Verbund als gegeben (Fußnote 6).

Die Anstrengungen sind also weniger der Bildung gewidmet, sondern mehr der Tatsache der Verschleierung. Weitere Anstrengungen werden in Überprüfung und Evaluation investiert, die von Seiten der Bildungsbürokratie verlangt werden, aber von den Lehrenden zu leisten ist. Die Lehrveranstaltungen werden seit Mitte der 1990er Jahre an das Ministerium in Schleswig-Holstein gemeldet. Es gibt aber keinen Hinweis darauf, dass diese Berichte (Lehrberichte) gelesen werden – oder überhaupt beim zuständigen Sachreferat ankommen. Seit drei Jahren sind die Lehrkräfte der Uni Flensburg vom Senat dazu verpflichtet, ihre Lehrveranstaltungen evaluieren zu lassen (Studierenden-Fragebogen). Es scheint aber niemand das Ergebnis zu interessieren: Wer sollte auch die Berichte lesen? Es sind alleine von den knapp 70 Professoren in Flensburg (inkl. Juniorprofessoren) 280 Semesterberichte zu bearbeiten – also 560 pro Jahr.

Hinzu kommen die (vielleicht in Flensburg besonders häufigen) Evaluationen: Der Autor ist seit 2002 Professor in Flensburg und hat gerade bei der Vorbereitung die vierte Evaluation mitgewirkt. Alle bisherigen Evaluationen sind sehr zur Zufrie-

denheit der Lehrkräfte ausgefallen. Es folgten jedoch nicht die geeigneten Veränderungen. Mitte des Jahres 2010 wurden sogar Konsequenzen aus Kürzungsvorschlägen der Regierung vollzogen, bevor das Ergebnis der Evaluation da war.

Aussichten

Zum Zeitpunkt der Abgabe dieses Beitrags befindet sich der Staat in einer steilen Abwärtsfahrt. Es ist ein Absturz der Staatshaushalte zu befürchten, den die Wenigsten erahnen können. Allzu sehr hat man sich daran gewöhnt, dass Milliardenbeträge bereit gestellt werden, um Banken und Versicherungsunternehmen nicht in die Insolvenz sinken zu lassen. So machen Haushaltsüberziehungen von 20 Prozent (Schleswig-Holstein 2008) bis zu 26,6 Prozent (Hamburg 2008) kaum besorgt. Man traut den Politikern nicht mehr, aber man vertraut sich ihnen an. Weil man weiß, dass hier die Musik spielt.

Es wird viel Mühe bereiten, die Geldflüsse wieder in die richtigen Bahnen zu geleiten. Und der Autor hofft, dass dann mehr als der Mozart-Effekt eingesetzt werden kann, denn Mozart als Allheilmittel für die Abwesenheit von Intelligenz wird hier wenig helfen. Mozart ist nicht der Weg zur Verbesserung der Welt. Mozart ist das Ziel: Man muss seine Musik einfach mit Freude hören oder spielen. So hat Mozart es sich wohl selbst mal gedacht.

Herbert Bruhn
Schmarjestrasse 6
22767 Hamburg
www.herbertbruhn.de

Für aktuelle weitere Arbeiten sei auf die Adresse des Portals Forschung bipolar hingewiesen:

<http://www.herbertbruhn.de/gkforschung/content.htm>

Fußnoten

- 1 Gemeint ist das Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms, erwähnt in Bruhn, H. (2010a). *Bildungsgerechtigkeit und Begabungsförderung: "Wie ein Sechser im Lotto"*. Forschung bipolar - Bildung, Politik und Arbeiten zur Musik, 2010-5. Universität Flensburg: Institut für Musik.
www.herbertbruhn.de/gkforschung/2010-5/2010Bildungsgerechtigkeit.pdf
- 2 Zahlen per E-Mail am 20. Juli 2010 von der Behörde für Schule und Berufsbildung, Referat Unternehmensdatenmanagement und Statistik, Sachgebiet Statistik V 122-7.
- 3 Zahlen vom Bundesamt für Statistik, aufgearbeitet in Bruhn, H. (2010b). *Trends in der Bevölkerungsentwicklung*. Forschung bipolar - Bildung, Politik und Arbeiten zur

Herbert Bruhn (2010)

Musik, 2010-8. Universität Flensburg: Institut für Musik.

www.herbertbruhn.de/gkforschung/2010-8/2010Bevolkerungsent.pdf

- 4 Zahlen des Landesamts für Statistik Nord (Hamburg und Schleswig-Holstein. Im Juli 2010 waren keine aktuelleren Daten als bis Ende 2008 erhältlich.
- 5 Siehe Süddeutsche Zeitung, Wirtschaftskommentar vom 28. Juli 2010, Seite 5: „Immer weniger Kinder.“ (von Felix Berth). Jetzt wird allerdings nicht darüber geklagt, dass die Deutschen zu wenig Kinder bekommen, denn erstmals wird in diesem Beitrag zugegeben, dass bei dieser Geburtenrate die Bevölkerung annähernd konstant bleiben wird. Es wird hervorgehoben, dass die Geburtenzahlen in streng katholischen Ländern begrüßenswert höher sei.
- 6 Verordnung zur Einführung der Primarstufe, der Stadtteilschule und des sechsstufigen Gymnasiums im Schuljahr 2010/2011 (VOE-PSG 2010/2011) vom 24. Juni 2010. HmbGVBl, Nr. 24, 9.7.2010. Hier § 14 und die Anlagen zu §§ 18 – 20.